

Anfrage Tomaschett (Breil) betreffend höchster Stellenzuwachs im Kanton Graubünden

Am 12. Januar 2019 publizierte die „Schweiz am Wochenende“ einen Artikel zum Wachstum der kantonalen Verwaltungen während den letzten 10 Jahren. Der Stellen-Report zeigt deutlich, dass die meisten Kantone ihre Verwaltungen trotz Spar- und Deregulierungsbemühungen ausgebaut haben. Aufgrund von gesetzlichen Vorgaben und Parlamentsbeschlüssen seien neue Behörden oder Aufgaben hinzugekommen, argumentieren einige Kantone, so auch der Kanton Graubünden.

Die Zahl der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltungen ist in fast allen Kantonen gewachsen, wobei unsere Nachbarkantone keinen oder einen geringen Ausbau zu verzeichneten hatten: Glarus +0%, Uri +6%, Schwyz +7%. Der bevölkerungsreichste Kanton Zürich mit 1,5 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete in 10 Jahren eine Zunahme von +12%.

In Graubünden erhöhte sich die Zahl der Vollzeitstellen gemäss Stellen-Report von 2168 Stellen im Jahr 2008 auf 3120 im Jahr 2018. Das ist eine Zunahme von +44%. Die Zahlen der Anstalten sowie der Spitäler sind hierbei nicht erfasst.

Der Kanton Graubünden verzeichnete im Vergleich der Kantone bei weitem den höchsten Zuwachs. Bei diesem Vergleich könnte der Eindruck entstehen, dass die kantonale Verwaltung in Graubünden alles andere als produktiv ist und Steuergelder verschlingt.

Darum bitten wir die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Regierung bzw. die kantonale Verwaltung die „Schweiz am Wochenende“ mit den notwendigen Grundlagen/Zahlen/Fakten für den Zeitungsartikel vom 12. Januar 2019 bedient?
2. Wie ist das Stellenwachstum von +44% in den letzten 10 Jahren bei der kantonalen Verwaltung in Graubünden zu erklären?
3. Welche Amtsstellen sind in den letzten 10 Jahren gewachsen, mit wie viel Vollzeitstellen und aufgrund von welchen gesetzlichen Grundlagen (Gesetze, Verordnungen, Parlamentsbeschlüsse von Bund und Kanton)? Wir ersuchen um tabellarische Aufstellung.
4. Haben die Regionen von diesem Wachstum profitiert oder wurden die Stellen primär im „Verwaltungszentrum“ Chur geschaffen?
5. Wie gedenkt die Regierung, den Personalbestand und die Personalkosten in Zukunft zu steuern?
6. Welche Auswirkungen hat das hohe Mitarbeiterwachstum im Jahr 2015 (500 zusätzliche Stellen) auf die Immobilienstrategie des Kantons (Standort Chur; regionale Verwaltungszentren), nachdem die Dimensionierung von „sinergia“ und der regionalen Verwaltungszentren bereits an der Volksabstimmung im März 2012 vorbestimmt worden ist?

Chur, 12. Februar 2019

Tomaschett (Breil), Engler, Casty, Aebli, Berther, Berweger, Bigliel, Bondolfi, Brunold, Caluori, Cantieni, Casutt-Derungs, Cavegn, Cramer, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Ellemunter, Epp, Fasani, Felix, Föhn, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Kasper, Kohler, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Loi, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Müller (Susch), Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Paterlini, Pfäffli, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Schneider, Thür-Suter, Waidacher, Wellig, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Buchli (Tenna), Collenberg, Gujan-Dönier, Locatelli-Iseppi, Ulber Daniel